

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Juli 2016

Rundbrief Nr. 1/2016

Schule und Bildung in der neuen Legislaturperiode

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,

wenige Wochen vor dem Ende des Schuljahres möchten wir Ihnen unseren ersten Rundbrief in diesem Jahr zukommen lassen. Mit unseren Rundbriefen wollen wir in unregelmäßigen Abständen zu Schul- und Bildungsfragen in Baden-Württemberg Stellung nehmen. Unser heutiger Brief enthält eine kurze Bestandsaufnahme, wie unser Arbeitskreis die heutige Situation an den Schulen unseres Landes beurteilt und welche Schritte in den kommenden Jahren unserer Meinung nach geboten sind.

Wir tun dies, weil mit der Neubesetzung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport «Ruhe» in der öffentlichen Debatte über Schul- und Bildungsfragen einkehren soll und die neue Ministerin wohl auch sehr darum bemüht ist, zu einem «Schulfrieden» im Land zu kommen, wir hiermit aber nur bedingt einverstanden sind. Im Grundsatz unterstützen wir dieses Anliegen; denn ständige öffentliche, zudem stark politisierte Debatten über Schule und Bildung können dazu führen, dass die Arbeit der Schulen erschwert und die Beteiligten – Eltern, Lehrer und Schüler, Schulleitungen, Schulträger und Ausbildungsbetriebe usw. – verunsichert werden. «Schulfrieden» und «Ruhe» an den Schulen im Sinne eines «wir schweigen lieber» darf es aber nicht geben, wenn Dinge im argen liegen und Weiterentwicklungen notwendig sind.

Unser Arbeitskreis ist der Ansicht, dass dies trotz allen Bemühens der Beteiligten nach wie vor der Fall ist und dass das öffentliche Schweigen hierüber die Sache nicht besser macht.

Erlauben Sie uns, lediglich auf 4 Punkte hinzuweisen, die wir für diskussionsbedürftig halten:

- Viele junge Menschen, die heute unsere Schulen besuchen, bringen nicht mehr die inneren Haltungen und Verhaltensweisen mit, die notwendig sind, um die Erziehungs- und Bildungsziele, so wie sie in unserer Landesverfassung und im Schulgesetz formuliert sind, gut zu erreichen. Das Spektrum reicht von mangelnder Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft bis hin zu unzureichender Gemeinschaftsfähigkeit. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Bücher wie die von *Michael Winterhoff* («SOS Kinderseele. Was die emotionale und soziale Entwicklung unserer Kinder gefährdet – und was wir dagegen tun können», München 2013) oder jetzt neu von *Martina Leibovici-Mühlberger* («Wenn die Tyrannenkinder erwachsen werden. Warum wir nicht auf die nächste Generation zählen können», Wien 2016) haben eine breitere Öffentlichkeit aufmerksam gemacht. In der Praxis stehende Lehrkräfte bestätigen solche Diagnosen tagtäglich. Die Schulen alleine können diese Defizite mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln selbst bei bestem Willen nur schwer beheben – zumal pädagogisches Handeln, das helfen könnte (mehr «Führung» in Schule und Klassenzimmer, mehr auf das Lernen ausgerichtete Beziehung zwischen Schüler und Lehrer, mehr persönliche Ausrichtung der Schüler auf den Lehrer, mehr Gemeinschaftsbildung unter den Schülern usw.), nur wenig zu dem passt, was als «selbstgesteuertes Lernen» im «individualisierenden Unterricht» derzeit modern ist.
- Hinzu kommt, dass zu viele der für unsere Schulen Verantwortlichen solche Diagnosen zurückweisen. Viele an einer Schule Tätige wissen zu berichten, wie viele Beschönigungen in der Öffentlichkeit den Schulalltag prägen. Dafür kann man Verständnis haben; denn jede Schule hat das Anliegen, in der Öffentlichkeit gut dazustehen. Aber die Kehrseite davon ist, dass bei vielen tatsächlichen Problemen nicht mehr hingeschaut und nicht nach nachhaltigen Lösungen gesucht wird. Stattdessen wird vertuscht und beschwichtigt. Man spricht zum Beispiel davon, dass sich

unsere Gesellschaft verändert habe und die Schulen sich anpassen müssten. Das ist aus unserer Sicht eine fragwürdige Logik. Müssten sich nicht gerade diejenigen, die für die Erziehung und Bildung verantwortlich sind, lautstark zu Wort melden, wenn Dinge auf die schiefe Bahn geraten, und müsste es nicht eine breite Diskussion darüber geben, welchen Weg unser Gemeinwesen eigentlich gehen sollte, um dem Gemeinwohl und den grundlegenden Werten menschlichen Zusammenlebens gerecht zu werden?

- Hinzu kommen ebenso die fragwürdigen «Schulreformen» der letzten Jahre, sowohl bei der Struktur unseres Schulwesens (Stichwort: «Gemeinschaftsschule») als auch bei den offiziell favorisierten Ansätzen von Pädagogik und Didaktik (Stichworte: «Kompetenzorientierung», «Neue Lernkultur», «Digitalisierung»). Was als Problemlösung angepriesen wurde, entpuppt sich als Wurzel fortgesetzter und neuer Probleme. Wir haben in den vergangenen 4 Jahren immer wieder hierauf hingewiesen und Analysen zu diesen Themenbereichen vorgelegt (www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de).

Wenn die neue Ministerin die «Schulreformen» der vergangenen Jahre fortführen will, dann bereitet uns das große Sorgen. Allein die kurzfristige «Zufriedenheit» und die kurzfristigen «Bedürfnisse» von Eltern, Schülern, Lehrern usw. zum Maßstab für das politische Handeln zu machen, mag kurzfristig Erfolg versprechen, kann aber mittel- und langfristig in die Irre führen; denn das, was heute an unseren Schulen geschieht, hat Auswirkungen, die weit in die Zukunft reichen und für unser Zusammenleben wichtige Weichen stellen. Schülerinnen und Schüler, die zum Beispiel heute zufrieden sind, weil sie keinen «Leistungsdruck» mehr verspüren und häufig das tun können, was ihnen «Spaß» macht, mehr «selbst entscheiden» können und nicht mehr von Lehrern angeleitet werden, aber auch Schüler, deren Leistungen auf «Messbares» reduziert werden, könnten in ein paar Jahren erleben, dass es ihnen an Lebendigkeit mangelt und sie nicht im ausreichenden Maße in der Lage sind, den von ihnen zu Recht erwarteten Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Mehr als wohl jeder andere Bereich sind Erziehung und Bildung zukunftsorientiert und deshalb nicht nach augenblicklichen Befindlichkeiten zu beurteilen.

- Die Eltern und Schüler, Lehrer und Schulleitungen, Ausbildungsbetriebe usw., die schon heute Kritik an der Situation in unseren Schulen äußern – wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Beispiel einer Anzeige von mehr als 100 Eltern in der «Stuttgarter Zeitung» vom 23. April 2016 – haben ein Recht darauf, ernstgenommen zu werden. Es kann keine «Ruhe» einkehren und keinen «Schulfrieden» geben, wenn solche Stimmen übergangen und totgeschwiegen werden.

Die Ministerin hat angekündigt, in den kommenden Wochen und Monaten mit allen am Schulleben Beteiligten das Gespräch zu suchen. Solche Gespräche werden nur dann Sinn machen, wenn das breite Spektrum an Stimmen gehört wird und das Argument in der Sache Gewicht bekommt.

Vor ein paar Wochen haben wir eine Analyse vorgelegt (*Pressemitteilung* vom 2. Mai 2016), die zeigt, dass der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung durchaus Türen für eine Verbesserung der Situation an unseren Schulen öffnen könnte. Aber diese Möglichkeiten müssen auch genutzt werden. Wir haben Zweifel daran, dass die neue Ministerin diese Möglichkeiten nutzen wird, wenn sie nicht auch ausdrücklich und von vielen Seiten dazu aufgefordert wird.

Insofern bietet die Ruhe, die an unseren Schulen einkehren soll, auch eine Gelegenheit, wieder in wirklicher Ruhe, sorgfältig und sachkundig, nachzudenken, dann aber engagiert dabei mitzuhelfen, dass die Weichen neu und besser gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de.